

## NRW-Haushalt: Sparen für neue Chancen.

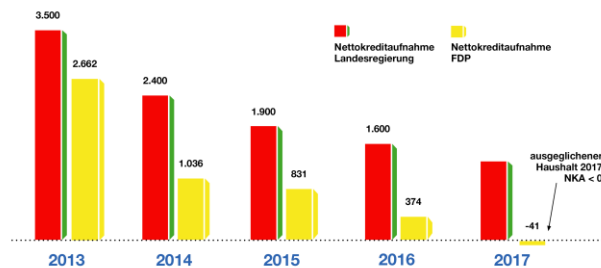
## FDP präsentiert Konsolidierungs-Strategie

SPD und Grüne wollen in diesem Jahr erneut 3,4 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen – trotz Steuer-mehreinnahmen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro, trotz starker Konjunktur und trotz eines stabilen Arbeitsmarktes. Nordrhein-Westfalen ist seit Jahren das Land mit der höchsten Neuverschuldung in ganz Deutschland und das einzige Bundesland ohne Konsolidierungs-Strategie. Die FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen hat deshalb am 20. März das Haushaltsgesetz 2013 der rot-grünen Landesregierung abgelehnt.

FDP-Fraktionschef Christian Lindner machte in seiner Haushaltsrede deutlich: „Unser Ziel ist Generationengerechtigkeit. Wir müssen die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen zurückerlangen. Nordrhein-Westfalen muss sich aus der Abhängigkeit von den Kreditmärkten und den jährlichen Zinslasten befreien.“ Zwischen 2005 und 2010 hat NRW erhebliche Fortschritte bei der Sanierung der Landesfinanzen erreicht – durch die Konsolidierungspolitik der von FDP und CDU getragenen Landesregierung. SPD und Grüne haben nach dem Regierungswechsel im Jahr 2010 eine Kehrtwende eingeleitet: höhere Ausgaben, höhere Schulden, höhere Steuern. Das höchste NRW-Gericht urteilte: Alle drei von SPD und Grünen getragenen Haushaltsgesetze der Jahre 2010, 2011 und 2012 sind verfassungswidrig.



Konsolidierungsstrategie der FDP-Landtagsfraktion NRW 2013 – 2017



Bei den Angaben handelt es sich um die Nettokreditaufnahme ohne Risikovorsorge für Abschirmung von Haftungsrisiken bzgl. EAA, alle Angaben in Mio. Euro.

Stand: März 2013. Quelle: LT-Drs. 16/1401, 2017; Annahmen

Die FDP-Fraktion verlangt von SPD und Grünen einen Politikwechsel: Sparen für neue Chancen. Detailliert schlägt die FDP vor, wie der Haushalt saniert werden kann: durch Einsparungen im Personalhaushalt, durch den Wegfall von rot-grünen Wahlgeschenken und durch Aktivierung von Effizienzreserven in der öffentlichen Verwaltung. So ist es möglich, die Neuverschuldung bis zum Jahr 2017 vollständig zu stoppen und mit einem Sicherheitsabstand die Schuldenbremse des Grundgesetzes einzuhalten.

Sparen für neue Chancen: Die FDP will die so gewonnenen Haushaltsspielräume für Zukunftsinvestitionen nutzen. Alle Kommunen in NRW sollen eine Zukunftspauschale für Kinder, Köpfe, Kultur und Konjunktur erhalten. Für 2013 sollen 100 Mio. und ab 2014 195 Mio. Euro für kommunale Projekte in den Bereichen Schule, Kultur und Infrastruktur zur Verfügung stehen. Die FDP will zudem durchsetzen, jedem der 627 Gymnasien durchschnittlich eine zusätzliche Lehrerstelle zur Verfügung zu stellen. „Wenn wir den Landeshaushalt sanieren, können wir diese wichtigen Prioritäten setzen“, sagt Ralf Witzel, haushaltspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion.

- [Konsolidierungs-Strategie für NRW 2013-2017](#)
- [Sparen für neue Chancen – Haushaltsrede von Christian Lindner](#)
- [Werkstattgespräch: Zukunft durch solide Finanzen](#)

## Positionen zum Landeshaushalt NRW

„Auf keiner politischen Ebene haben Sozialdemokraten und Grüne die Konsequenzen aus der europäischen Schuldenkrise gezogen.“ **Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion** ■ [Sparen für neue Chancen - Haushaltsrede](#)

„Der bundesweite Sonderweg Nordrhein-Westfalens in der Haushaltspolitik ist ein Fall für den Landesrechnungshof. In Zeiten guter Konjunktur, historisch hoher Beschäftigung, historisch niedriger Zinsen und historisch hoher Steuereinnahmen erhöht die Landesregierung den Schuldenstand auf ein trauriges, ebenfalls historisch hohes Niveau.“ **Ralf Witzel, stellvertretender Fraktionsvorsitzender**

- [Rede Ralf Witzel - NRW-Haushalt ist Fall für Landesrechnungshof](#)

„Von einem konsequenten Konsolidierungskurs der Landesregierung in diesem Jahr kann (...) nicht die Rede sein.“ **Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung, Stellungnahme Januar 2013**

- [RWI-Stellungnahme zum Landeshaushalt 2013](#)

## Medien-Echo

So kommentieren die Zeitungen den Landeshaushalt von SPD und Grünen: nicht akzeptabel (WP, 13.3.), nicht effizient (KStA, 11.1.), Armutszeugnis (RP, 11.1.), kein Mut zu radikalen Schritten (AN, 11.1.), Vergangenheit frisst Zukunft auf (FAZ, 20.12.), Bruch der Verfassung wiegt schwer (WP, 13.3.), Rot-Grün hat nicht gelernt (WB, 13.3.), verwalten statt regieren (AN, 13.12.), notorischer Verfassungsbruch (WamS, 17.3.), vorsorgende und nachhaltige Politik sieht anders aus (WP, 13.12.).